

EDITORIAL

Freunde und Förderer des HWWI

Im Oktober werden das HWWI und seine Vorläufer, die Zentralstelle des Kolonialinstitutes und das HWWA, 100 Jahre alt. Seit 1949 unterstützt die Gesellschaft der Freunde und Förderer (GdFF) die angewandte wirtschaftswissenschaftliche Forschung dieser Institute in Hamburg. Das HWWI – wie auch das ehemalige HWWA – gehört zu den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten Deutschlands. Dies allerdings ohne eine von der öffentlichen Hand gewährte Grundfinanzierung. Neben den strategischen Partnern spielt deshalb die GdFF eine enorm wichtige Rolle bei der Finanzierung des HWWI. Sie unterstützt die Grundlagenforschung und Publikationen, die sonst nicht kostenlos angeboten werden könnten. Eine dieser Publikationen halten Sie gerade in den Händen. Die Euler Hermes Kreditversicherungs-AG hat die neue Rolle der einzelnen Freunde und Förderer erkannt: Das Unternehmen ist das erste Mitglied mit dem Status eines strategischen Förderers und einem entsprechend erhöhten Jahresbeitrag. Hier zeigt sich Unternehmensverantwortung für unabhängige, exzellente Forschung – zum Wohle von Wirtschaft und Gesellschaft. Herzlichen Dank, wenn auch Sie sich zu diesem Schritt entschließen sollten. GG

IN DIESER AUSGABE

Der Pharmastandort Deutschland ist besser als sein Ruf Seite 1/2

60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Seite 3

Rekordpreise bei Grundnahrungsmitteln Seite 4

PHARMAINDUSTRIE

Der Pharmastandort Deutschland ist besser als sein Ruf

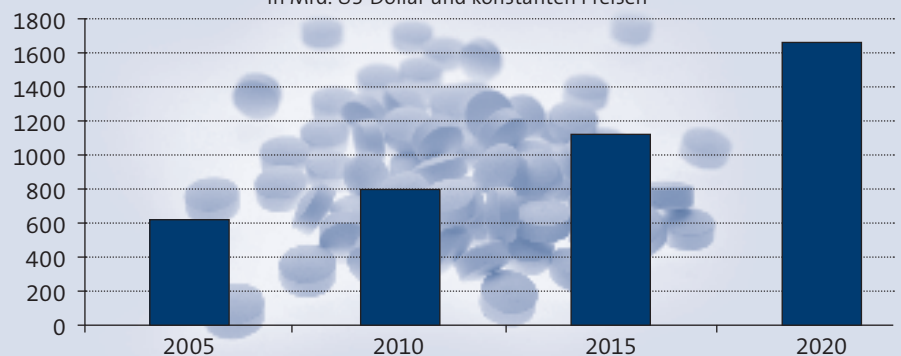
Die forschungsintensive Pharmabranche gehört zu den zentralen Zukunftsbranchen. Eine aktuelle Studie von HWWI und PricewaterhouseCoopers (PwC) untersucht die Chancen der Pharmaindustrie in Deutschland anhand einer Standortanalyse und durch eine Befragung von Experten und Entscheidungsträgern deutscher und internationaler Pharmaunternehmen. Es zeigt sich, dass der Pharmastandort Deutschland im internationalen Vergleich seit 1990 an Bedeutung verloren hat. Die Maßnahmen der Großen Koalition haben die Standortqualität in der letzten Zeit verbessert, sind aber aus Sicht der Interviewpartner häufig unzureichend. Weitere Maßnahmen müssen im internationalen Kontext entwickelt werden. In der Studie werden konkrete Vorschläge zur Stärkung des Pharmastandorts Deutschland vorgelegt. Von Michael Bräuninger und Henning Vöpel

In Zeiten der Globalisierung hat der Standortwettbewerb zwischen Ländern und Regionen zugenommen. In Zukunft sind es die kapital- und wissensintensiven Industrien, die für Wachstum sorgen werden. Dabei ist zu erwarten, dass es aufgrund neuer Technologien wie der Bio-, Nano- oder Gentechnologie vor allem im Bereich Gesundheit, Medizin und Pharma verstärkt zu Innovationen kommen wird. Gleichzeitig wird die Nachfrage nach solchen Produkten deutlich zunehmen. Die Weltbank geht davon aus, dass die Weltbevölkerung bis 2050 auf rund 9 Milliarden Menschen steigen

wird. In den Industrieländern wird gleichzeitig ein ausgeprägter demographischer Wandel stattfinden. Beide Trends werden die Gesundheitsnachfrage deutlich erhöhen (siehe Grafik). Vor diesem Hintergrund untersucht eine aktuelle Studie von HWWI und PwC die Chancen der Pharmaindustrie in Deutschland – insbesondere, ob und inwieweit die Politik der Großen Koalition der letzten Jahre konkret dazu beigetragen hat, die Standortqualität in Deutschland zu verbessern.

Die Standortanalyse zeigt, dass der Pharmastandort Deutschland im internatio-

Entwicklung des weltweiten Pharmaumsatzes
in Mrd. US-Dollar und konstanten Preisen



Quelle: Prognose des HWWI.

nenalen Vergleich seit 1990 an Bedeutung verloren hat. Zum einen sind neue konkurrierende Produktionsstandorte wie Irland, Schweden, Belgien und Dänemark hinzugekommen. Zum anderen haben sich auch im Bereich F&E neben den Marktführern USA und Großbritannien mit Indien und Singapur Schwellenländer etabliert. Für Deutschland ist positiv anzumerken, dass die Zahl der Patentanmeldungen im Pharmabereich in den letzten Jahren stärker angestiegen ist als in konkurrierenden Pharmastandorten. Bei kommerziellen klinischen Studien ist Deutschland seit 2006 auf Platz eins in Europa. Und bei der Produktion gentechnischer Arzneimittel ist Deutschland dank der hohen Investitionen von forschenden Pharmaunternehmen in den Ausbau bereits bestehender Anlagen weltweit hinter die USA auf Platz zwei vorgerückt.

Aus der Standortanalyse und den Expertenbefragungen werden sowohl Stärken als auch Schwächen des Pharmastandortes Deutschland deutlich. **Zu den wichtigsten Stärken gehören die hohe Qualifikation des wissenschaftlichen Personals und der Fachkräfte, eine gute Positionierung in ausgewählten Feldern der Spitzenforschung, die hohe Expertise in der High-Tech-Produktion, der sofortige Marktzugang nach der Zulassung und die Marktpreisbildung für innovative Arzneimittel. Zu den wesentlichen Schwächen des Standortes Deutschland zählen die hohe Regulierungsdichte sowie ineffiziente Antrags- und Genehmigungsverfahren,** die sich in verschiedenen Ausprägungen auf allen Stufen der Wertschöpfungskette bemerkbar machen. Nachholbedarf gibt es bei der Spitzenforschung und bei der Finanzierung mit Wagniskapital. Insgesamt wird der Standort Deutschland bei den Expertenbefragungen deutlich schlechter eingestuft als bei einer objektiven Analyse der Standortkriterien. Die zum Teil sehr kritische Beurteilung in den Interviews basiert im Wesentlichen auf den Kostendämpfungsmaßnahmen der deutschen Gesundheitspolitik. Der Einfluss des Absatzmarkts auf das Image des Standortes wird besonders an zwei Punkten deutlich. So beeinträchtigen die Diskussionen

um das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) und die schon vor einigen Jahren eingeführten „Jumbogruppen“ (Einbeziehung von patentgeschützten Medikamenten in Festbetragsgruppen) nachhaltig das Bild des deutschen Absatzmarktes bei Vorständen und Experten. Die Einführung von Jumbogruppen hat dem Image des Pharmastandortes Deutschland geschadet, aber nie zu wesentlichen Einsparungen im Gesundheitswesen geführt. Die Diskussionen haben vor allem international den Eindruck hervorgeufen, dass im deutschen Gesundheitssystem innovative Medikamente nicht anerkannt werden, der materielle Patentschutz ausgehöhlt wird und dass deshalb auch Erforschung und Entwicklung solcher Medikamente nicht in angemessener Form honoriert werden. Und dies, obgleich der Schutz geistigen Eigentums in Deutschland an sich in den Interviews von den Befragten grundsätzlich als beispielhaft gesehen wird.

Insgesamt betrachtet gehen die Maßnahmen der Großen Koalition zur Stärkung des Pharmastandortes Deutschland in die richtige Richtung. Speziell hervorzuheben sind die verschiedenen Forschungsinitiativen, die Exzellenzförderung und die Unternehmenssteuerreform. **Hauptproblem aus der Sicht der nationalen und internationalen Entscheidungsträger ist in Deutschland die fehlende Verzahnung der relevanten Politikbereiche.** Hierbei sollten alle Stufen der Wertschöpfungskette von der Grundlagenforschung bis zum Absatz berücksichtigt werden. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen im internationalen Kontext entwickelt werden. Die fortschreitende Globalisierung bedingt, dass es kaum Lösungen für nationale gesamtwirtschaftliche Probleme gibt, die losgelöst von der zunehmenden Verflechtung der Weltwirtschaft betrachtet und implementiert werden können. Im Hinblick auf die Attraktivität des Standortes Deutschland und die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen (Pharma-)Unternehmen bedeutet dies, dass ein Erhalt oder Ausbau der relativen Position gegenüber bestehenden und neuen Wettbewerbern anzustreben ist.

Die zweite Handlungsempfehlung bezieht sich auf die außenwirtschaftlichen Effekte nationaler Wirtschaftspolitik. Bestimmte Einzelmaßnahmen können in einer geschlossenen Volkswirtschaft zwar als weniger wünschenswert erscheinen. **Jedoch kann es unter der Bedingung der Globalisierung auch notwendig sein, zweitbeste Lösungen zu akzeptieren, um im internationalen Standortwettbewerb nicht zurückzufallen.** In einigen Politikbereichen, beispielsweise in der Steuer- oder der Industriepolitik, wären internationale Harmonisierungsanstrengungen grundsätzlich sinnvoll. Allerdings erweisen sich entsprechende Bestrebungen oftmals als überaus schwierig oder sind Bestandteil sehr langwieriger Verhandlungsprozesse.

Die dritte Handlungsaufforderung bezieht sich auf die Nachhaltigkeit und die Konsistenz wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Darunter ist zweierlei zu verstehen: Erstens deren Verlässlichkeit und die daraus folgende Planbarkeit und Investitionssicherheit für die Unternehmen. **Damit geht vor allem einher, dass langfristig angelegte Programme gegenüber temporären Maßnahmen vorzuziehen sind.** Nur dann sind vom Unternehmenssektor auch langfristig orientierte Entscheidungen zugunsten eines Standortes zu erwarten. **Zweitens bedingt Nachhaltigkeit die Konsistenz von Maßnahmen und Programmen ebenso wie den Verzicht auf Einzelmaßnahmen, die nur Verzerrungen hervorrufen.** Denn insbesondere die Auswertung der Experteninterviews hat ergeben, dass der Pharmastandort Deutschland vor allem durch einen transparenten und in sich konsistenten Regulierungsrahmen gestärkt werden kann.

HWWI POLICY

HWWI/PwC (2008): Politik-Check Pharmastandort Deutschland: Potenziale erkennen – Chancen nutzen, HWWI Policy Report Nr. 7, Hamburg. Download unter www.hwwi.org (Publikationen, HWWI Policy).

Gutachten im Auftrag des Verbands Forschender Arzneimittelhersteller e.V. (VFA).

60 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Im Juni dieses Jahres ist es 60 Jahre her, dass die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland etabliert wurde: In den sechs Jahrzehnten, die seitdem vergangen sind, ist die Soziale Marktwirtschaft zu einem Markenzeichen deutscher Politik geworden. Angesichts der in Deutschland derzeit vorherrschenden wirtschaftspolitischen Orientierungslosigkeit ist zu hoffen, dass der „runde Geburtstag“ der Sozialen Marktwirtschaft dazu Anlass geben wird, erneut über die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung zu diskutieren.

Von Joachim Zweynert

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sich die Gebildeten des Landes erstaunlich schnell darüber einig, dass es gerade der Kapitalismus gewesen sei, der die Katastrophe der Nazi-Diktatur mit verursacht habe. Wie zeitgenössische Meinungsumfragen belegen, herrschte auch innerhalb der Bevölkerung weitgehend Konsens darüber, dass eine sozialistische Ordnung anzustreben sei. Solche liberalen Denker wie Walter Eucken und seine Mitstreiter, die bereits während der Nazi-Diktatur in den Freiburger Widerstandskreisen eine freiheitliche und marktliche Nachkriegsordnung entworfen hatten, waren hoffnungslos in der Defensive. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft kann nur vor diesem Hintergrund verstanden werden.

Den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ hatte Alfred Müller-Armack in seinem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ 1947 eingeführt. Müller-Armack war Ökonom und Soziologe. Wohl deshalb war ihm klarer als anderen, dass eine Marktwirtschaft in Deutschland nur zu verwirklichen war, wenn man die Vorbehalte der Menschen gegenüber dem Markt bei der Gestaltung der Wirtschaftsordnung berücksichtigt. Die Soziale Marktwirtschaft bezeichnete er auch als eine „irenische“, also eine „Versöhnungsformel“, die darauf abzielte, ideologische Gegensätze zwischen den politischen Lagern zu mildern. Sein Reformkonzept war einerseits klar im wirtschaftlichen Liberalismus verwurzelt. Andererseits berücksichtigte es die typisch deutsche Sehnsucht nach gemeinschaftlicher Geborgenheit, was auch eine negative Einstellung gegenüber zu großen sozialen Unterschieden beinhaltet. Damit gilt: Es handelt sich weniger um einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus als vielmehr um ei-

nen Kompromiss zwischen einer modernen Wirtschaftsordnung und den mentalen Modellen weiter Teile der Bevölkerung.

Ludwig Erhard selbst stand in theoretischer Hinsicht den Ordoliberalen und seinem engen wirtschaftspolitischen Berater Wilhelm Röpke viel näher als Müller-Armack. Als Politiker aber begriff er sehr gut, wozu Müller-Armacks Pleonasmus gut war. So schrieb er bereits 1943/44, der Staat könne „immer nur die Wirtschaftsordnung verwirklichen, die der Vorstellung des Volkes in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht entspricht“.

60 Jahre Soziale Marktwirtschaft®

Der sechzigste Jahrestag der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft ist einerseits ein Grund zur Freude, handelt es sich doch um eine besondere Erfolgsgeschichte und gehört sie doch zu den auch international bekanntesten Markenzeichen der deutschen Politik. Andererseits zeugt eine gewisse Orientierungslosigkeit in der deutschen Wirtschaftspolitik davon, dass das ordnungspolitische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft heute in Vergessenheit zu geraten droht.

Gemeinsam mit weiteren Forschungseinrichtungen, Think Tanks und Verbänden der mittelständischen Wirtschaft veranstalten das HWWI und das Wilhelm-Röpke-Institut deshalb am 19. und 20. Juni an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena ein großes wissenschaftliches Symposium sowie einen Festakt zum 60. Geburtstag der Sozialen Marktwirtschaft, im Rahmen dessen unter anderem der ehemalige Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog eine Rede halten wird.

Unsere Internetpräsenz unter:

www.60jahresoziemarktwirtschaft.de

Immer wieder beklagen Ökonomen heute, weder bei den Politikern, noch bei der Bevölkerung Gehör zu finden. Was wirtschaftlich Not tue, sei seit langem bekannt, lasse sich politisch aber nicht durchsetzen. Unzweifelhaft besteht die Hauptaufgabe der Wirtschaftswissenschaft darin, zu zeigen, was wirtschaftlich vernünftig ist. Aber die zunehmende Spezialisierung innerhalb der Wissenschaft wie auch zwischen Wissenschaft und Politik machen den Austausch zwischen beiden Welten immer schwieriger. Gerade die Herausforderungen, die die Globalisierung mit sich bringt, macht es immens wichtig, den Menschen wirtschaftliche Sachzusammenhänge zu erklären und Antworten in einer Sprache zu formulieren, die den Vorbehalten und Ängsten der Bevölkerung Rechnung trägt. Dafür bedarf es der Brückenbauer wie Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke, einer Spezies indes, die umso mehr vom Aussterben bedroht ist, als an den Universitäten mehr und mehr Lehrstühle für Wirtschaftspolitik nicht mehr besetzt oder umgewidmet werden und die Zahl der Politiker mit volkswirtschaftlicher Ausbildung immer weiter abnimmt.

Was geschieht, wenn Politiker die fundamentale Einsicht verlieren, dass man die Bevölkerung auf dem Weg der Reformen mitnehmen muss, ließ sich sowohl an den Reaktionen auf die „Hartz IV“-Reformen als auch am relativen „Absturz“ der CDU/CSU bei der Bundestagswahl des Jahres 2005 geradezu idealtypisch studieren. **Die Gefahr ist greifbar, dass die großen Parteien daraus den Schluss ziehen, dass tiefgreifende Reformen einfach nicht vermittelbar seien. Die Rückbesinnung auf die Anfänge der Sozialen Marktwirtschaft scheint auch deshalb dringend geboten zu sein.**

Rekordpreise bei Grundnahrungsmitteln

Die Weltmarktpreise für viele Nahrungsmittel erreichten in diesem Jahr neue Höchststände. Der Preisanstieg begann im Vergleich zu Industrie- und Energierohstoffen, bei denen er bereits vor sechs Jahren einsetzte, erst spät und nur allmählich, beschleunigte sich dann jedoch deutlich, insbesondere in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres. Seit Anfang 2006 haben sich Getreide, Ölsaaten und Öle in US-Dollar um durchschnittlich 140 Prozent verteuert, in Euro waren es 90 Prozent. Bei Weizen und pflanzlichen Ölen wurde der Höchststand zumeist im Februar und März dieses Jahres erreicht, während Mais, Gerste und vor allem Reis sich auch danach weiter verteuerten.

Von Klaus Matthias

Gründe für den Preisauftrieb sind eine anhaltend kräftige Nachfrage bei knappem Angebot – eine Folge schlechter Ernten, aber auch mangelnder Produktivitätsfortschritte in der Landwirtschaft – sowie steigende Kosten für Düngemittel, Transporte und Maschineneinsatz infolge erhöhter Energiepreise. Geringere Ernteerträge in den letzten beiden Jahren ließen die Lagerbestände an Getreide und Ölsaaten auf dem niedrigsten Stand seit Mitte der 70er-Jahre sinken. Durch Trockenheit in wichtigen Erzeugerländern sank vor allem die globale Weizenproduktion deutlich.

Die aktuellen Preisrekorde, die vor allem die Bevölkerung in armen Ländern, die einen großen Teil ihres Einkommens für Nahrung ausgibt, treffen, relativieren sich, wenn sie in Beziehung zur generellen Preisentwicklung in den Industrieländern gesetzt werden. Seit Jahrzehnten – mit einer Unterbrechung in den 70er-Jahren – haben sich international gehandelte Nahrungsmittel in den USA und in Europa real, das heißt deflationiert mit der Verbraucherpreisentwicklung, tendenziell verbilligt. Bislang konnten die kräftigen Preissteigerungen ab Mitte dieses Jahrzehnts den Abwärtstrend nur zum Teil korrigieren. Das gegenwärtige reale Preisniveau entspricht dem Stand von Mitte der 80er-Jahre.

Der zunehmende Bedarf an Nahrungsmitteln ist in erster Linie Folge größeren Wohlstands und damit einhergehender Änderung von Essgewohnheiten (mehr Fleisch, Milchprodukte und Pflanzenöle) in Entwicklungs- und Schwellenländern. Für den

Preisanstieg bei Nahrungs- und Futtermitteln spielt aber auch die zunehmende konkurrierende Nachfrage für die Erzeugung von Biotreibstoffen eine Rolle. Zwar ist der Anteil von Bioalkohol und Biodiesel am Weltangebot von Flüssigbrennstoffen mit rund 1½ Prozent noch verschwindend gering. Auf die Erzeugung der Biotreibstoffe entfiel jedoch fast die Hälfte der globalen Verbrauchszunahme bei Getreide und Ölsaaten im Erntejahr 2006/2007, in erster Linie als Folge der subventionierten Ethanolproduktion aus Mais in den USA. Auch in Europa steigt der Anteil landwirtschaftlicher Flächen für Energiepflanzen. Argentinien, größter Sojaexporteur und drittgrößter Produzent von Sojabohnen, hat zum Schutz der heimischen Biodieselproduktion die Steuern auf Sojaexporte drastisch erhöht und trägt so ebenfalls zum Anstieg der Nahrungsmittelpreise auf den Weltmärkten bei.

In die gleiche Richtung wirkt sicherlich die politische Entscheidung in mehreren Ländern, zum Schutz der heimischen Bevölke-

rung vor Preiserhöhungen die Exporte von Nahrungsmitteln zu beschränken oder zu verteuern, unter anderem bei Weizen und Reis. Der besonders starke Anstieg der Reispreise in den letzten Monaten ist auch Folge des engen Marktes: Der weitaus größte Teil der Ernten wird in den Erzeugerländern verbraucht, lediglich 7 Prozent der Weltproduktion werden international gehandelt. Die staatlichen Exportbeschränkungen haben zusammen mit der Zurückhaltung von privaten Reisesporteurern und Hortungskäufen den Markt weiter verengt. Schließlich machen die jüngsten Verwüstungen des Wirbelsturms in Burma das Land, das zuletzt rund 2½ Prozent zur globalen Reisernte beitrug und Reis exportierte, vermutlich bis erst einmal zum Reisesimportland.

Mit höheren Ernteerträgen in der kommenden Saison dürfte sich die Lage an den Agrarmärkten entspannen. Größere Preisrückgänge auf breiter Front sind jedoch angesichts weiter kräftiger Nachfrage für Nahrungs- und Energiezwecke erst einmal nicht zu erwarten.

